

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und list durch die Expedition, Große Allee 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Beilage oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 140.

Donnerstag, den 18. Juni 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Vom dankbaren Vaterland.

Kürzlich erzählte Jemand im „Veteran“, dem Organ des Verbandes deutscher Kriegs-Veteranen, folgende lehrreiche Geschichte:

Bekanntlich war Excellenz von Spitz, welchen man kürzlich an die Spitze der deutschen Kriegervereine gestellt hat, eine Reihe von Jahren der Leiter der Invaliden-Abtheilung des Kriegsministeriums und hat als solcher im Reichstage, wenn es sich um eine Verbesserung der Lage der Invaliden handelte, wiederholt betont, daß die Militärbehörden von dem größten Wohlwollen für die Invaliden befeet seien. Viele Invaliden wollen heute an dieses Wohlwollen nicht mehr recht glauben und bleiben dabei, ein Spatz in der Hand, d. h. ein gesetzlich festgelegter Anspruch, sei ihnen lieber, als die Taube auf dem Dache, resp. als ein ihnen in Aussicht gestelltes Wohlwollen. Daß das Mißtrauen gegen ein „Wohlwollen“ der Begründung nicht immer entbehrt, dafür möchte auch ich heute einen kleinen Beweis erbringen, indem ich den Kameraden die Leidensgeschichte eines Kriegs-Invaliden von 1870/71 erzähle.

Der Reservist T., ein armer Arbeitsmann, wurde, nachdem er den Feldzug 1866 schon mitgemacht hatte, im Jahre 1870 einberufen und erlitt im Dienste eine äußere Beschädigung. T. wurde in Folge dessen mittelst Verfügung des königlichen General-Kommandos des 8. Armeekorps vom 27. Mai 1872 als dauernd Ganzinvalid anerkannt und erhielt die ihm zustehende Pension, sowie den Zivilverorgungsschein.

Auf Grund der Gesetzesnovelle vom 4. April 1874 gab T. innerhalb der vorgeschriebenen Frist seinen Zivilverorgungsschein ab und beantragte dafür die Anstellungsentschädigung von 6 Mark monatlich. Mittelst Verfügung des General-Kommandos vom 28. August 1874 wurde ihm denn auch diese Entschädigung zuerkannt.

Wertwürdigerweise wurde ihm dann aber wenige Tage später eine Verfügung desselben Kommandos vom 2. September 1874 zugestellt, worin die Anstellungsentschädigung nicht erwähnt war und erhielt er dieselbe auch thatsächlich nicht ausgezahlt. Der Mann fühlte nun wohl, daß hier etwas nicht in Ordnung war, erkannte aber nicht, worin der Fehler lag. Er beantragte deshalb am 28. Februar 1875 die Erhöhung seiner Pension, wurde aber von dem Bezirks-Kommando abschlägig beschieden. Wären bei dieser Gelegenheit seine Akten gewissenhaft geprüft worden, so hätte das Bezirks-Kommando unbedingt finden müssen, daß dem Manne die ihm zweifellos zustehende Anstellungsentschädigung fehlte. Als einfacher Arbeiter und alter Soldat von der Unschicklichkeit preussischer Militärbehörden überzeugt, beruhigte sich T. leider damals bei jenem Bescheide.

Einige Jahre später fiel ihm jedoch infolge seines körperlichen Zustandes die Arbeit so schwer, daß er danach strebte, irgend eine Anstellung zu erlangen. Zu diesem Zwecke beantragte er am 2. September die Rückgabe seines Zivilverorgungsscheines. Dieses Gesuch hätte doch der Militärbehörde sicher Veranlassung geben müssen, zu prüfen: 1) ob der Mann den Zivilverorgungsschein überhaupt besessen; 2) ob er ihn abgegeben hatte und 3) ob er dafür die Anstellungsentschädigung bezog. Aber nein, auch diesmal fand eine solche Prüfung nicht statt, vielmehr wurde T. vom Bezirkskommando wieder abschlägig beschieden, „weil er den Zeitpunkt zur Wiederwahl des B. abgegebenen Zivilverorgungsscheines habe verstreichen lassen.“ Auch auf ein daraufhin am 17. September 1879 eingereichtes Rekursgesuch sah sich das Generalkommando nicht veranlaßt, die Akten näher zu prüfen, sondern beschied den Mann aus demselben Grunde ebenfalls abschlägig.

Endlich im Jahre 1893 bei der Neueregulierung der Pensions-Verhältnisse der Invaliden stellte es sich denn doch heraus, daß dem Manne thatsächlich seit dem 1. April 1874, also während eines Zeitraumes von 19 Jahren, die Anstellungsentschädigung zu Unrecht vorenthalten worden war und daß der arme Mann dadurch einen Schaden von 1368 Mf. erlitten hatte. Er erhielt nun allerdings für die Zeit vom 1. April 1888 bis dahin 1893 die Anstellungsentschädigung mit 360 Mark nach-

gezahlt, dagegen wurde ihm gesagt, die Entschädigung für die übrigen 14 Jahre gleich 1008 Mark sei verjährt. Das Deutsche Reich bezw. der vielmurvorbenene Reichs-Invalidenfonds war demnach infolge eines Verfehlers der Militärbehörde, welches sich angesichts der mehrfachen Gesuche des T. kaum entschuldigen läßt, um eine Summe von 1008 Mf. reicher geworden. Mag nun dieser Betrag nach den allgemeinen Rechtsbegriffen wirklich verjährt sein, so lag meines Erachtens für die Militärbehörde immerhin eine moralische Pflicht vor, den durch ein unglaubliches Versehen von ihrer Seite aus verursachten Schaden auf irgend einem Wege wieder gut zu machen. Und ein solcher Weg hot sich insofern, als die Militärbehörde aus eigenem Antriebe bei Sr. Majestät dem Kaiser unter Schilderung des eigenthümlichen Falles hätte beantragen können, daß dem Manne der zu Unrecht vorenthaltene Betrag von 1008 Mark im Gnadenwege bewilligt werden möge.

Da die Militärbehörde eine solche „wohlwollende“ Initiative nicht ergriff, so blieb dem Manne weiter nichts übrig, als sich selbst an Seine Majestät zu wenden und auf diese Weise dem Kriegsministerium Gelegenheit zu bieten, sein gepriesenes Wohlwollen auch durch die That zu bezeugen. Leider machte das Kriegsministerium aber auch von dieser Gelegenheit keinen Gebrauch, vielmehr ging das Gesuch den Weg aller Immediat Eingaben: „An das Kriegsministerium zur Prüfung und weiteren Veranlassung.“ Das Kriegsministerium aber entschied, daß es bei der Ablehnung bleiben müsse und diese Verfügung war unterzeichnet von Sr. Excellenz — v. Spitz! Der Mann versuchte nun noch ein letztes Mittel und überreichte Sr. Majestät bei der vorjährigen Anwesenheit auf dem Schlosse Urville persönlich ein zweites Gnadengesuch. Auch die hieran geknüpfte Hoffnung, daß Sr. Majestät von dem eigenthümlichen Falle persönlich Kenntniß nehmen und dann sichere Abhülfe schaffen werde, erfüllte sich nicht, denn nach einigen Wochen erhielt T. einen Bescheid des Kriegsministeriums, in welchem er nochmals abgewiesen und ihm dazu schließl. bedeutet wurde, daß er künftig auf eine Antwort nicht mehr zu rechnen haben würde.

Soweit die lehrreiche Geschichte. Die Redaktion des „Veteran“ knüpft daran folgende Bemerkung: „Wir haben die Papiere des Kameraden selbst nachgesehen und rufen mit dem alten Oberst Ollendorf: „Wir ist manches schon passiert, aber so etwas noch nicht.“ Daß ein großes Reich einem armen Manne gegenüber 19 Jahre lang seine gesetzlich festgesetzte Pension trotz vieler Reklamationen vorenthält, ist nicht human. Dem Veteranen mußten nach Recht und Billigkeit die zurückbehaltene Pension nebst Zins und Zinseszins nachbezahlt werden. Der Betrag von 1008 Mf. nebst Zinsen von 1368 Mf. für 19 Jahre ist im Reichsinvalidenfonds zu Unrecht vorhanden und hat Niemand auf dieses Geld einen moralischen Anspruch als der arme Kamerad T.

## Politische Mundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage. Berlin. Der Reichstag erledigte Montag zunächst einige abgestandene Rechnungssachen, mehr friedlich als prinzipiell. Die Rechnungssachen einzelner stammten aus dem Jahre 1883, waren nämlich so lange unerledigt geblieben, weil der Reichstag der Meinung war und auch wohl noch heute ist, daß mittelst kaiserlicher Kabinettsordre nicht in die Debatte der Reichsfinanzverwaltung eingegriffen werden darf. Diese schwierige staatsrechtliche Frage ist durch die heutige nachträgliche Bewilligung nicht entschieden, sondern ausdrücklich offen gelassen worden. Der Reichstag darf sein Recht, die Geldausgaben zu bewilligen, sich keinesfalls verkümmern lassen, deshalb stimmten auch unsere Genossen gegen die heutige friedliche Bewilligung mit Vorbehalt. Dann kam ein Nachtragsetat betr. die kaiserliche Schutztruppe in Ostafrika an die Reihe und hier inscenirte der Abg. von Bennigsen durch eine Anfrage an unseren Genossen Bebel eine neue Auflage der vor einigen Monaten stattgehabten Peters-Debatte. Herr von Bennigsen hatte offenbar den Zweck verfolgt, Peters zu rehabilitiren und unserm Genossen eins auszuwichsen. Er hatte aber nicht mit der Schlagfertigkeit Bebel's gerechnet, auch nicht mit der Thatsache, daß den Dr. Peters kein Gott aus der Klemme ziehen kann. Und ein Gott ist der streitbare Graf Arnim, der Intimus des Herrn

Peters wirklich nicht. So sehr er sich um die Freisprechung seines Freundes mühte, Bebel setzte den Herrn Grafen jedes Mal ordentlich in den Sand. Bebel hatte auch das letzte Wort und es hätte nicht einmal der Unterstützung des Abg. Richter bedurft, um aller Welt klar zu machen, wo im Fall Peters das Unrecht oder die Unmoral liegt. Im Herbst, wenn die Untersuchung beendet sein wird, ist eine dritte Auflage des Peters-Standals zu erwarten und es stehen da, wie es scheint, noch interessante Dinge in Aussicht.

Ein zweiter heute verhandelter Nachtragsetat betraf die vierten Bataillone. Vom Abg. Richter war hierzu der Antrag gestellt worden, auf gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit, da sie jetzt nur provisorisch besteht. Außer unserer Partei erklärte sich keine Partei im Hause für den Antrag. Auch Abg. Richter, der Syrup-Medner, erklärte sich, getreu seiner letzten Vergangenheit, als treuer Militärfreund. Sein Auftreten veranlaßte den Abg. Richter zu einer Entgegnung und es kam zu einem für alle übrigen Mitglieder des Hauses sehr ergötzlichen Schauspiel, die beiden feindlichen Brüder sich „Liebenswürdigkeiten“ an den Kopf werfen zu lassen. Immerhin mußte die Sympathie auf Seite des derben, handfesten aber auch konsequenten Richters bleiben, gegenüber der jämmergestalt, die der winselnde Richter bot. Zum Schluß gab es noch eine längere Kolonialdebatte, an der sich auch Bebel kräftigst beteiligte. Es handelte sich um den monströsen Vertrag mit der Neu-Guinea-Kompagnie, der einstimmig, auch von dem Kolonialsege Grafen Arnim, abgelehnt wurde.

Reichstagsersatzwahl in Jüterfissen. Nach amtlicher Feststellung erhielten bei der am 10. d. M. in dem Reichstagswahlkreise Jüterfissen stattgehabten Reichstagsersatzwahl Georg Freiherr von Hertling (Centrum) 8258, Johann Zimmermann (bayerischer Bauernbund) 2996, Josef Wagner (liberal) 2500, Franz Josef Erhart (Soz.) 469, Dr. Ludwig Duidde (deutsche Volksp.) 71 Stimmen. Freiherr von Hertling ist somit gewählt.

Der Deutsche Landwirtschaftsrath veranstaltet nach der „Tageszeitung“ zur Zeit Erhebungen über die Lage der Landarbeiter und die Aussicht bestimmter Reformen. Die Erhebungen betreffen Geld- und Naturallohnung, Gewinnbeteiligung und Wohlfahrts-Einrichtungen. Hoffentlich befragt man nicht nur die Krautjunker, sondern auch die Landarbeiter. Sie wissen jedenfalls am besten, wo der Schuh drückt.

Herrn von Eynern, der sich, wie berichtet, durch die Börsengeschreie des Genossen Singer beschwert fühlt, antwortet der Letztere in einer Zuschrift an den „Vorwärts“. Er stellt zunächst fest, daß der Parlamentsbericht der „Voss. Ztg.“, auf welchen Herr v. Eynern sich stützt, keine korrekte Wiedergabe der Singer'schen Auslassungen biete, und zitiert nach dem stenographischen Bericht den Passus über die Aufsichtsräthe. Dann heißt es weiter:

„In dem sich hieran anschließenden Theil der Rede — aber vollständig losgelöst von den Personen der von mir genannten Aufsichtsräthe — kommen dann die Ausführungen, die Sie als gegen sich gerichtet auffassen und deren Beweis Sie von mir verlangen.“

„Was ich von Ihnen gesagt habe, brauche ich nicht noch zu beweisen, denn in Ihrem offenen Brief geben Sie selbst zu, Aufsichtsrath bei verschiedenen industriellen Unternehmungen zu sein, und weiter habe ich nichts behauptet.“

„Daß Sie zu den „Kunden der Börsenmänner im Sinne der Abhängigkeit“ gehören, habe ich nicht behauptet, obgleich der Schluß nahe liegt, daß zu Aufsichtsräthen, welche neben der Lantime häufig auch durch Konfortalbeteiligung an der betr. Gründung lebhaft interessiert sind, mit Vorliebe Personen von den „Börsenmännern“ gewählt werden, welche auf die Gesetzgebung und die öffentlichen Gewalten Einfluß üben können. Ebensovienig habe ich behauptet, „daß man Ihnen an der Börse je Geld abgenommen oder daß Sie dies Anderen gegenüber gethan haben“. Zu dieser positiven Behauptung fehlten mir die thatsächlichen Unterlagen; aber daß Ihre Börsentransaktionen etwa den harmlosen Charakter eines Spiels um Pfefferküsse tragen, — das glaube ich wirklich nicht. Zum Dritten habe ich Ihnen auch nicht den Vorwurf „sittlicher Entrüstung über das Börsentreiben“ gemacht. Wie sollte ich auch hierzu einem Manne gegenüber kommen, der u. A. der Bergisch-Märkischen Bank, welche im Jahre 1894 Mf. 160,000 an Lantimen und 7 pCt.

Dividende gezahlt hat, der Bergwerks-Gesellschaft Ibernia, welche etwa Mk. 65,000 Tantieme und 5 1/2 pCt. Dividende gab, sowie den Farbenfabriken vorm. Frd. Bayer u. Co., Elberfeld, die Mk. 236,000 Tantieme und 18 pCt. Dividende vertheilten, seine Thätigkeit widmet. Alle diese Gründungen wären ja ohne die Börse nicht denkbar und in den Reichen der National-liberalen hat „sittliche Entrüstung über die Börse“ erst Platz gegriffen, seitdem manche der Herren sich von wegen der Mandate dem Agrariertum verschrieben und dem Bunde der Landwirthe den Treueid geleistet haben.

„Der Zweck Ihres offenen Briefes ist mir demnach nicht recht ersichtlich geworden, vielleicht sollte er die national-liberalen Börsenfresser darüber aufklären, daß auch nach Ihrer Ansicht sich „die Ausbrüche sittlicher Entrüstung bei einigen reichstäglichen Tugendhelden“ als Aftermoral darstellen.“

Der „Bund der Industriellen“, eine von einem Herrn v. Studnik im Interesse der von ihm herausgegebenen Zeitung „Deutsche Warte“ geschaffene Unternehmerorganisation, hielt am Sonnabend in Berlin eine Generalversammlung ab. Es müssen gar sonderbare Käuze sein, die sich dort zusammengefunden hatten und unter Anderem den von dem Vorsitzenden gedrückten Satz beklagten: Der Bund könne es nicht billigen, daß an Stelle der früheren Disziplinargewalt das bloße Vertragsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer getreten sei. Natürlich ist diesen Leuten auch die Fabrikinspektion ein Greuel; sie wollen an deren Stelle eine „staatlich beaufsichtigte Selbstkontrolle“, was soviel heißt, der Staat soll sie nicht durch seine Aufsicht in ihrer Ausbeutungsarbeit stören. Das Interessanteste an den Verhandlungen war ein Bericht des Fabrikanten D. Weigert-Berlin über Arbeitseinstellungen. Der Herr ist durch seine Leitung der Erhebungen über die Verhältnisse der Konfektionsarbeiter in den Ruf einigen Wohlwollens für die Arbeiter gekommen. Seine Rede bewies nun zwar, daß er kein Stumm sans phrase ist; aber ein Stück des selbstherrlichen Geistes, dessen schärfster Vertreter Stumm ist, steckt auch in ihm. Er betonte, daß der Arbeitgeber die dringende Pflicht habe, dem Arbeiter alles das zu geben, was ihm zukommt. Auf der anderen Seite aber müsse mit aller Entschiedenheit gegen Alles Front gemacht werden, was darauf hinauslaufe, die Arbeitgeber zu schädigen, die Autorität zu untergraben und ein friedliches Zusammengehen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unmöglich zu machen. Zu den ganz unberechtigten und mit Entschiedenheit zurückzuweisenden Forderungen der Arbeiter gehöre das Verlangen nach Abschaffung der Akkordarbeit und Festsetzung eines minimalen Wochenlohnes, die Forderung, die zehnstündige Arbeitszeit in eine neun- oder achtfundige herabzusetzen, das Verlangen, des 1. Mai als Weltfeiertag anzuerkennen, die Forderung, den Arbeitsnachweis der Arbeitnehmer als den allein autoritativen anzuerkennen, und endlich die Erscheinung, daß auch die Arbeiter beginnen, sich in die inneren Verhältnisse der Geschäftsinhaber einzumischen. Der unberechtigten Forderungen könne man nur Herr werden, wenn man der berechtigten Organisation der Arbeitnehmer die Organisation der Arbeitgeber entgegensetze. Manche Arbeitgeber schienen ihre Zeit noch immer verschlafen und sich dem berechtigten Kern der Sozialgesetzgebung noch weiter verschließen zu wollen. Das sei ein großer Fehler; man müsse sich zusammenschließen, um den berechtigten Anforderungen der Arbeiter gerecht zu werden, andererseits aber den Arbeitern klar zu machen, daß die Arbeitgeber ganz entschieden nicht gewillt seien, sich von den Arbeitern solche willkürliche Vorschriften machen zu lassen.

In diesem Sinne wurde vom Referenten ein Antrag empfohlen, der seinen Gedankengang kurzgefaßt ausdrückt. Aber in der Diskussion über den Antrag erklärten mehrere Redner, überhaupt keinerlei Streiks als berechtigt anzuerkennen zu können. Vermittelungsversuche schlugen fehl, und es sprach sich daher die Versammlung auf Antrag eines Herrn Jasper lediglich dahin aus: „Es ist notwendig, daß die Arbeitgeber zur Verhütung von Arbeitseinstellungen den Organisationen der Arbeitnehmer solche der Arbeitgeber entgegenstellen.“

Die Mehrheit war dabei entschieden konsequenter als der Referent. Die Unterscheidung zwischen berechtigten und unberechtigten Forderungen der Arbeiter ist im Munde der Unternehmer, die sich selbst die Entscheidung anmaßen darüber, was berechtigt sein soll, was nicht, ein Unding. Will man einmal Kampforganisationen gegen die Arbeiter, dann verfährt man viel logischer, alle Arbeiteransprüche als unberechtigt zu erklären. Den Arbeitern thut das keinen Schaden. Sie müssen doch auch um das schwer kämpfen, was selbst einzelne Unternehmer, was selbst die ganze Volksvertretung als berechtigt anerkannt hat. Man denke nur an die Konfektionsarbeiter-Bewegung!

Sieg auf der ganzen Linie. Bei der Stadtverordnetenwahl in Pforzheim errangen wir einen glänzenden Sieg. Alle 16 von unserer Partei aufgestellten Kandidaten wurden gewählt, gegen den ganzen Ordnungsbrei. — Bravo unseren Pforzheimer Genossen!

Vom nationalen Schwein. Bezüglich der Einfuhr von Schweinen aus Rußland wird von amtlicher Seite geschrieben: Zum Schutze gegen die Einschleppung von Viehschäden ist die Grenze gegen Rußland für die Einfuhr lebender Schweine seit Jahren gesperrt. Ausnahmeweise darf jedoch mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des ober-schlesischen Industriegebietes eine bestimmte

— jetzt 1900 in jeder Woche — Schweine aus Rußland nach den Städten Myslowitz, Rattowitz, Tarnowitz und Beuthen zur sofortigen Abschachtung in den dortigen Schlachthäusern eingeführt werden. Da die inländische Schweinezucht inzwischen erheblich zugenommen hat und die Preise für Schweinefleisch in ganz Deutschland gefallen sind, wird beabsichtigt, dem erwähnten Ausnahmezustand ein Ende zu machen. Doch soll die Schweinezufuhr aus Rußland nicht mit einem Schlage verboten, sondern es soll schrittweise vorgegangen werden. Zunächst ist die Herabsetzung des Einfuhrkontingents der erwähnten vier Schlachthäuser um 25—30 pCt. angeordnet worden. Für Schweinefendungen nach dem ober-schlesischen Industriegebiet wird für ein noch näher festzustellendes Versandtgebiet eine Ermäßigung der Eisenbahnfrachten in Höhe von 50 pCt. der Gesamtfrachtsätze gewährt werden. Die Bekanntmachungen hierüber sind in Kürze zu erwarten. — Das Einfuhrverbot verteuert den ober-schlesischen Arbeitern den Fleischkonsum und die Agrarier haben den Vortheil davon. Das ist das Wesentliche, alles Uebrige leeres Wortgeklänge.

### Italien.

Turati gewählt! In Mailand herrschte Sonntag ein unbeschreiblicher Jubel als bekannt wurde, unser Genosse Turati habe mit 2176 Stimmen über den Kandidaten des Ordnungsklüngels, Rossi, gesiegt, der nur 1444 auf sich zu vereinigen vermochte. — Fürwahr ein prächtiger Sieg!

Die Freisprechung Baratieris. Eine in Rom eingetroffene Privatdepesche aus Massauah bestätigt die Nachricht, daß General Baratieri feig gesprochen. In der Begründung des Urtheils werde es bedauert, daß das Kommando einem den Schwierigkeiten der Lage nicht gewachsenen General anvertraut worden sei. — Das freisprechende Urtheil erfolgte mit Stimmengleichheit. Die Frage also, ob die Anklage gegen den unglücklichen General sachlich begründet war, bleibt, formell juristisch wenigstens, in der Schwebe. In moralischer Beziehung liegt aber die Sache ganz anders. Alle Welt weiß, daß das Ministerium Crispi einen Sündenbock gesucht hat, auf den es alle die Schuld, die es mit seiner Kolonialpolitik auf sich geladen hat, abwälzen konnte. Diesen Sündenbock hat es in Baratieri gefunden: er sollte es büßen, daß er den Sieg nicht errungen hat, den Crispi brauchte, um sich am Ruder zu erhalten. Hätte General Baratieri die Schlacht von Abba Garima gewonnen, so wäre er der Held des Tages geworden und Crispi wäre der große Mann geblieben. So aber geht Baratieri als gebrochener Mann aus der unseligen Affaire hervor. Auch Crispi ist von seinem Piedestal gestürzt, gebrochen aber ist er nicht. Er, auf dem die moralische Verantwortung für all das Unglück ruht, das Italien betroffen, trägt nach wie vor eine eiserne Stirn zur Schau.

### England.

Was will England im Sudan? Durch unablässiges Fragen hat es die englische Opposition dahin gebracht, von einem der Minister eine Auskunft über die Zwecke des englisch-egyptischen Feldzuges gegen die sogenannten Dermische zu erzielen. Der langer Rede kurzer Sinn, die Lord Salisbury auf Anfrage Lord Rosebery's im Oberhause gehalten hat, ist der, daß ein längst beabsichtigter Zug gegen Dongola am oberen Nil durch die Bedrohung der Abessinier in Kassala beschleunigt worden sei. Vorläufig wolle man nur die fruchtbare Provinz Dongola besetzen. Später sei es nicht unmöglich, daß auch an die Befestigung Khartums gegangen würde. Ueber diese Möglichkeit sprach sich dann Lord Salisbury in folgender eigenartiger Weise aus: „Und wenn die Regierung gefragt werde, warum der Feldzug nicht in diesem Geiste geplant sei und die nöthigen Maßregeln zu diesem Ende ergriffen würden, so antworte er, die ägyptische Regierung stehe allein unter den Regierungen in finanzieller Beziehung, sie könne kein Geld borgen. Eine sehr eigenthümliche Kombination von internationalen Arrangements, über deren Gültigkeit er (Lord Salisbury) zu ungelehrt sei, eine Ansicht auszudrücken, Arrangements, die ein vollkommenes Labyrinth selbst für Gelehrte seien, hätten die Wirkung, die ägyptische Regierung am Vorgen über eine gewisse enge Grenze hinaus zu verhindern. Die Folge davon sei, daß, wenn Ägypten nicht hoffnungsvolle Schulden machen wolle, sein militärisches Vorgehen durch seine finanzielle Fähigkeit geleitet sein muß. Die Regierung sehe kein Mittel, jetzt über Dongola hinauszugehen. Wenn jedoch jene Milikonaire, die Gelder für die Unterstützung von Invasionen verausgaben, der Regierung Facilitäten für ein weiteres Vorgehen anbieten sollten, so sage er (Salisbury) nicht, daß sie taub dafür sein würde.“ Ob die Freunde des Herrn Rhodes diesen Wink mit dem Jaunpfahl beherzigen werden? In zynischer Weise ist selten eingestanden worden, daß die ganzen kolonialen Abenteuer schließlich von dem Geldbeutel der Börsenjobber abhängen und daher auch deren Interessen Rechnung tragen müssen.

Das Polizeigericht in Bowstreet (London) hat gestern die Voruntersuchung gegen Jameson und Genossen wegen des Einbruches in Transvaal zum Abschluß gebracht. Jameson und fünf seiner Offiziere, Willoughby, Coventry, Greg und die beiden Brüder White, wurden vor die Geschworenen verwiesen; sie bleiben gegen Bürgschaft von je 3000 Pfund auf freiem Fuße. Gegen die anderen neun Offiziere wurde das Verfahren eingestellt. Der Polizeirichter hat also genügend Material gefunden, um die Erhebung der Anklage wegen Friedensbruches gegenüber einem befreundeten Staate anzuordnen. Auf diesem Verbrechen steht Gefängniß bis zu zehn Jahren. Wir sind sehr neugierig, was nun die Geschworenen thun

werden. Muthmaßlich werden sie die „Nationalhelden“ unter dem donnernden Beifalle aller derjenigen „Patrioten“ die ihrem Vaterlande den stolzen Weinamen des „perfekten Albion“ erhalten wollen, freisprechen.

### Australien.

Das Frauenwahlrecht in der englischen Kolonie Australien ist zum ersten Male am 25. April d. J. ausgeübt worden. Nach den zur Zeit vorliegenden brieflichen Nachrichten haben die Wahlen das von der Arbeiterpartei unterstützte Ministerium Kingston am Ruder gehalten; allerdings wird, soweit die Ergebnisse sich bis jetzt übersehen lassen, die Mehrheit nur wenige Stimmen tragen. Mit den politischen Wahlen fand ein Referendum über folgende drei Fragen statt: 1) Soll das gewöhnliche Unterrichtswesen (Trennung zwischen Staat und Kirche, Schulzwang, Schulgeldfreiheit für die ersten fünf Jahre) in den Staatsschulen beibehalten werden? 2) Soll der Bibelunterricht in den Lehrplan aufgenommen werden? 3) Sollen Unterstützungsgelder an Gemeinde- (Konfessions-) Schulen für die Ergebnisse des weltlichen Unterrichts gezahlt werden? Von diesen drei Fragen wurden die ersten (mit mehr als Zweidrittel-Mehrheit) mit „ja“, die anderen mit „nein“ beantwortet. — Das ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß das Frauenstimmrecht, weit entfernt davon, reaktionär zu wirken, wie mitunter befürchtet wird, vielmehr den wahren Fortschritt unterstützt. Die Verwerfung des Bibel- (als Religions-) Unterrichts und die Beibehaltung der Trennung zwischen Staat und Kirche sind eine Gewähr dafür, daß die Frauen durch nicht in althergebrachten Vorurtheilen befangen sind.

### Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Völkischen Volksboten“.)

Berlin, 16. Juni.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag erledigte heute die Nachtragsetats in zweiter Lesung. Besonders lang wurde der Nachtragsetat für Militärzwecke diskutiert. Es sich fast nur um Neubauten von Kasernen handelte, kamen in der Debatte die üblichen lokalen Wünsche zum Ausdruck. Es zeigte sich dabei, daß auch die Gegner des Militarismus für Kasernenbauten eintreten, wenn in — ihren Wahlkreisen gebaut werden sollen. In kleinen Kommunen jagten sämtlich nach einer Garnison um die Zuschüsse, die der Soldat erhält, ihren kleinen Gewerbetreibenden zuzuführen zu lassen. Es muß wirklich mit dem Mittelstande schon recht traurig bestellt sein.

Da das Haus nicht beschlußfähig war, machte man garnicht erst den Versuch, die Gesamtstimmung über die Gewerbenovelle, die jetzt folgen sollte, vorzunehmen sondern man ging zur Verathung von Petitionen über. Aber auch die Absicht, diese Petitionen zu erledigen, verfehlte die freisinnige Volkspartei durch den Abg. Fischbeck die Beschlußfähigkeit des Hauses anzufechten. Die Opposition will ein Durchberathen des bürgerlichen Gesetzes jetzt im Sommer mit allen nach der Geschäftsordnung zulässigen Mitteln hindern und machte heute mit Obstruktion den Anfang. Morgen nach Beendigung der Sitzung soll die Entscheidung über den weiteren Verlauf der Tagung erfolgen. Warten wir ab!

106. Sitzung.

Vize-Präsident Schmidt eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Am Bundesrathliche Kriegsminister Bronsart von Schellendorff, Graf von Posadowsky u. A.

Die zweite Verathung eines Gesetzes, betr. die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Etatsjahr 1896/97 Verbindung mit der Aufnahme einer Anleihe für die Zweite Verwaltung des Reichsheeres und des Auswärtigen Amtes, so der Reichs-Volk- und Telegraphenverwaltung, wird fortgesetzt. Es handelt sich zunächst um Kasernenbauten, die meistens ohne Debatte bewilligt werden.

Eine Forderung für den Neubau einer Kaserne in Wiesbaden ist von der Budgetkommission gestrichen worden.

Dr. Lieber (Z.) empfiehlt die Wiederherstellung des Titels Werner (Antil.) bittet, es bei dem Beschlusse der Kommission zu belassen und im nächsten Etat eine Forderung für einen Kasernenbau in Rothenburg einzustellen. Rothenburg verdiene Kaserne in viel höherem Grade als Wiesbaden.

Nach längerer Debatte wird der Antrag Lieber auf Wiederherstellung des Titels angenommen.

Eine längere Debatte ruft ein Antrag des Abg. Colb (H.) hervor, eine Garnison von Avold nach Forbach zu verlegen. Dem Antrage der Budgetkommission gemäß wird aber beschloß, die Kaserne in Avold zu bauen und die Garnison dort zu lassen.

Für das württembergische Kontingent werden Mk. 600, gefordert.

Kembold (Z.) beantragt, nur Mk. 360,000 zu bewilligen. Nachdem aber Geh. Kriegsrath Horn und Dr. Lieber für Bewilligung der ganzen Summe eingetreten sind, wird bewilligt.

Außerdem wird eine Resolution Lieber angenommen, in der Regierung aufgegeben wird, die alten Kasernen so viel möglich bei der Unterbringung der neuen Volkbatallione zu benutzen und die Ersparnisse dann zu verrechnen.

Der Rest des Nachtragsetats, auch der für die Reichsverwaltung (neues Rabel nach England), wird hierauf ohne Debatte bewilligt.

Der zweite Nachtragsetat (Mk. 461,057 an fortbauern Ausgaben für Veruche im Bereiche des Artilleriewesens) ohne weitere Debatte in erster und zweiter Lesung unverändert bewilligt.

Es werden einige Rechnungssachen erledigt und hierauf Gesetz, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, dritter Lesung genehmigt.

Die Gesamtstimmung über die Gewerbeordnungs-Novelle wird vorläufig ausgesetzt.

Es folgen Petitionen.

Fischbeck beantragt, über einige Petitionen, die den Fähigkeitsnachweis für das Baugewerbe fordern, zur Tagesordnung überzugehen. Die Petitionskommission beantragt, die Petition dem Reichszentraler als Material zu überweisen.

Venoit (H.) tritt für den Antrag Fischbeck ein.

Jacobskötter (R.) und Euler (Z.) bitten, den Antrag der Kommission anzunehmen.

Fischbeck bezieht die Beschlußfähigkeit des Hauses.



anzunehmen, daß in nächster Zeit der Streit beendet wird. Bemerken wollen wir noch, daß der Zuzug nach wie vor fern zu halten ist. Nach Erledigung verschiedener Fragen wurde hierauf die Versammlung mit der Aufforderung, dem Verein nach wie vor treu zu bleiben, um bei event. Gelegenheit gegen die Fabrikanten wieder vorzugehen, geschlossen.

**Elmsborn.** In Verufe gestorben. Vor einigen Tagen passirte zwischen Tornesch und Elmsborn ein gräßlicher Unglücksfall. Der Bremser eines Schnellzuges hatte in Elmsborn bemerkt, daß in einem Coupe die Gasflamme ausgegangen war. Da er jedoch während des kurzen Aufenthalts in Elmsborn keine Zeit hatte, dieselbe wieder anzuzünden, so suchte er es auf der Fahrt nachzuholen und begab sich zu diesem Zweck auf das Verdeck des Wagens. Leider hatte der dienstfertige Beamte die unweit der Liebh'schen Ziegelei befindliche Brücke außer Acht gelassen, an welche er mit dem Kopfe stieß und sofort seinen Tod fand. Den Leichnam des Verunglückten fand man auf der Station Altona auf dem Verdeck des Wagens liegend, in der Hand noch krampfhaft die Streichholzschachtel haltend.

**Bremen.** Der frühere Geschäftsführer der Bremer „Bürgerzeitung“, Gottlieb, wurde Dienstag vom Schwurgericht wegen betrügerischen Bankrotts zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus nebst zwei Jahren Ehrverlust verurtheilt.

### Neueste Nachrichten.

**Berlin.** In der Budget-Kommission des Reichstages wurde Dienstag die ihr gestern vom Plenum überwiesene Novelle zu den beiden Gesetzen über die kaiserlichen Schutztruppen angenommen mit einer vom Grafen Arnim verlangten Resolution: „den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage eine Uebersicht der in den südwestafrikanischen Kolonien thätigen Gesellschaften unter Beifügung der betreffenden Verträge vorzulegen.“

**Strasbourg i. G.** Die Gemeinderathswahlen in Elsaß-Lothringen ergaben vorläufig in den Städten folgendes Resultat: In Strasbourg sind von 36 zu wählenden Gemeinderäthen 13 gewählt, darunter 12 Mitglieder der gemeinsamen Liste der gemäßigten Partei und ein Sozialdemokrat; im ganzen 7 Altkatholische und 6 Elsäffer. 23 Stichwahlen sind erforderlich. In Metz wurden von 36 Kandidaten 9 Einheimische und 4 Eingewanderte ge-

wählt. In Colmar sind von 33 Kandidaten 21 Mitglieder der vereinigten bürgerlichen Liste gewählt. In Mühlhausen sind von 36 Kandidaten nur 5 gewählt, daher 31 Stichwahlen erforderlich. In Schlettstadt wurden von 24 Kandidaten 13 gewählt. In Marfisch sind von 27 Kandidaten 21 gewählt, darunter zwei Sozialisten. Die Stichwahlen finden am nächsten Sonntag statt. Danach hätte die Sozialdemokratie einige Erfolge zu verzeichnen, die sich voraussichtlich bei den Stichwahlen am nächsten Sonntag noch erheblich vermehren werden. Der „Frankfurter Zeitung“ wird noch aus Mühlhausen gemeldet: Die hier lokale Liste erhielt rund 4000 Stimmen, der sozialdemokratische Stimmenzuwachs ist groß.

### Sprechsaal.

(Dem Publikum gegenüber ohne Verantwortung.)

(Eingekandt.)

Haltet Euch vor den Klagen, die vorne ledend und hinten tragen. Es ist doch ewig schade, daß die unparteiischen Arbeiter der Firma Ewers u. Co., welche kürzlich die Annonce im „Volksboten“ losgelassen haben, nächsten Sonnabend nicht schon wieder einen Ausflug nach Schwartau unternehmen, denn wo sie sonst kein Glas Bier genießen, weil es 10 oder 15 Pf. kostet, da giebt's eins gratis und am Gratzbier hat sich noch Niemand den „Wagen“ verborgen. Es ist überhaupt etwas herrliches um diese „unparteiischen“ Arbeiter. Der eine von ihnen bekommt wöchentlich 3 Mark mehr als seine Arbeitskameraden. Ich als „Unparteiischer“ war immer der Meinung, daß die arbeiterfreundliche sein wollende Firma Ewers u. Co. aus ihrer Tasche die 3 Mk. bezahle. Aber wie geht's! Wie ich mich nachträglich selbst davon überzeugt habe, müssen nämlich die andern Arbeiter ihre sauerverdienten Groschen mit diesen „Unparteiischen“ theilen. Dafür ist der „Unparteiische“ aber auch „Vorarbeiter“, kann sich habersiebener Kautaback erlauben, während die anderen Arbeiter sich mit hiesigem bescheiden müssen.

Nun Kollegen bei Ewers u. Co., es giebt bei Euch noch mehr solcher „unparteiischer“ Arbeiter! Schaut Euch um und denkt an den 1. Mai zurück! Erinnert Euch daran, als wir das Gesuch zwecks Freigabe des 1. Mai einreichen wollten! Damals sollte der Arbeiter-Ausschuß zum Fabrikanten gehen, aber des Ausschuß war auf eine Person zusammengeschnitten: einen Backmeister. Ihr habt Euch damals gewundert und ab dann mit dem Chef darüber gesprochen. Und was gab er Euch zur Antwort: Ich (der Fabrikant) kann in den Arbeiter-Ausschuß wählen, wenn ich will und nicht, wenn die Arbeiter wollen und solche Agitatoren müßten mit der Peitsche von der Fabrik getrieben werden. Sich darum zu kümmern, wozu die Straf-gelder verwandt würden, ist auch nicht Sache der Arbeiter. Nun, ich glaube, daß die Arbeiter denn doch etwas darüber zu sagen haben, wo die Straf-gelder abbleiben.

Arbeiter bei Ewers u. Co. wann werdet ihr einmal klug werden? Seht ihr denn noch garnicht ein, was das für ein Fest

war und was dieses Fest bezwecken sollte? Ihr laßt immer noch dem andern Eurer Kollegen hinausziehen, aber ohne und seht ruhig zu, wie sie wegen einer guten Sache abmar- müssen. Ihr seht es jawohl ein, aber Ihr habt nicht den Willen Abhilfe zu fordern. Ihr sagt Euch nur immer: Ach, was thut mir dagegen thun, wenn wir nur Arbeit haben. Da Kollegen, legt Eure Gleichgültigkeit ab, tretet einer für den andern ein und Ihr werdet Euch dann wieder die Achtung der Arbeiterschaft erwerben. E. P.

### Briefkasten.

G. S. Wir müssen von der Wiebergabe derartiger Pr. hochlotterklärungen Abstand nehmen. Wo sollte das zuletzt führen? Man muß nicht alles gleich an die große Glocke schlagen.

### Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:

Von C. Schroeder	Mt.
der Mollrich-Bude	"
Berein Deutscher Schuhmacher (Bastille-Lübeck)	"
Gesangsverein „Freiheit“ (Wilhelmshöhe)	"
Summa	Mt. 6

Mit den in Nr. 137 quittirten. 158  
Zusammen Mt. 165  
Friedr. Meyer & Co.

### Sternhaus-Bichmarlt.

Homburg, 16. Juni  
Der Schweinehandel verlief träge. Zugeführt wurden 860 Stück, davon vom Norden — 5 vom Süden — Stück. Preise: Verlandtschweine schwere 35—38 leichte 39—41 Mt., Sauen 25—30 Mt. und Ferkel 38—40 p. 100 Pfd.  
Der Kälberhandel verlief flau. Zugeführt wurden 1604 Stück. Unverkauft blieben — 5 Preise: beste 80—95 Mt., geringere 55—70 Mt. per 100 Pfd.

### Zugekommene und abgegangene Schiffe zu Travemünde.

Angelommen:  
Dienstag den 16. Juni.  
8,45 B. Marie Christine, Diefelger, von Narva in 8 Tg.  
10.— B. Zwäbröder, Erikson, von Karlskrona in 2 Tg.  
1,10 N. D. Falke, Ehler, von Rostock in 1 St.  
5,50 N. D. Adler, Fischer, von Wismar in 4 Tg.  
1,30 N. D. Prima, Walker, von Riga in 3 Tg.  
Mittwoch den 17. Juni.  
4,10 B. D. Najaden, Möller, von Kopenhagen in 12 St.  
4,30 B. D. Helig, Schulz, von Kronstadt in 82 St.  
4,35 B. S. M. Dannebrog, Stibsted, von Kopenhagen in 12 St.  
Abgegangen:  
Dienstag den 16. Juni.  
7,30 N. Ariadne, Lindhorst, nach Volderaa.  
8,30 N. Johan Viek, Jansen, nach Waddö.  
Wind und Wetterhand in Travemünde 8 Uhr. B: 6,2 OED., mäßig.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksboten“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Ein gut möbl. Parterre-Zimmer ist zu vermieten. Honstaße 58.

Ein freundlich möblirtes Zimmer noch vorne an junge Leute oder Mädchen zu verm. Schwart. Chauffee 24 (Wilhelmshöhe).

1 gut erhaltener Kinderwagen zu verkauf n. Rathhorststraße 40.

### Auction!

am Freitag den 19. Juni, Nachm. 3 Uhr anfangend, in der Hundestraße 41, über: diverse Robotten, als Bettstellen, Commoden, Stühle, Kleiderkoffer, 1 Regulator; ferner Taschenuhren für Herren und Damen, diverse Pfandsteine über Gold, Silber- und andere Sachen, Cigarren, Wein, Porzellan, Glas und Steinzeug, diverse Blumentöpfe, einen großen Posten neue Hängelampen, einen echten Pariser Koller mit Bauer und diverse neue Vogelkäfige. Weitere Zuwendungen Hundestraße 8 erbeten. Auf Wunsch wird auch Voranschauung gewährt.

J. C. B. Schmehl, Auctionator und Taxator.

Frau J. Dentzau, Lübeck Untertrabe 113

Sonntags täglich zu sprechen: Fadenburger Allee 1 c, nahe Bahnhof

Commer-Zeit der Seefahrer-Frankenkasse verbunden mit Bogelschießen und Ball am Sonntag den 21. Juni 1896 in „Den-Lauerhof.“ Nachmittags von 4 Uhr an: Garten-Concert. Hierzu ladet freundlich ein Das Comité.

Tivoli-Theater Donnerstag den 18. Juni 1896: Keine Vorstellung. Freitag den 19. Juni: C A C A O.

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich, verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Umgegend“ Joh. Fein, Verlag: Theob. Schwarz, Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämtlich in Lübeck.

# Eine Wohlthat nach harter Arbeit ist: „Ubrigin“ Pflanzenfaser-Seife ohne jeden schädlichen Zusatz.

Darüber schreiben:

Herr Dr. Rosenthal, Privatklinik für Hautkrankheiten, sagt unter Anderem in der Dermatologischen Zeitschrift: „Die Seife eignet sich vor allen Dingen als Waschseife für uns selbst, die wir mit Salben, Fetten und sonstigen wenig sauberen Dingen viel zu thun haben. Bisher hat mich noch keine Seife so befriedigt. Ferner ist dieselbe aber besonders geeignet, bei allen Parakeratosen, wo Schuppen und Auflagerungen von der Haut zu entfernen sind. Patienten, die seit Jahren an Psoriasis leiden und alle möglichen Seifen zur Entfernung der Schuppen angewendet hatten, ziehen ausnahmslos die Pflanzenfaserseife vor. Dieselbe hat den grossen Vorzug, dass sie die Haut nicht besonders reizt wie das bei anderen Seifen der Fall ist, welche Zusätze zur mechanischen Einwirkung auf die Haut, wie Bimstein, Marmor etc. besitzen.“

Herr C. Knoop, Minden i. W., schreibt unter dem 27. 4. 96: Umstehenden Betrag erhalten Sie als Zahlung für die gelieferten 1000 Stück. Ihre Seife hat im Allgemeinen Beifall gefunden und hoffe ich bald wieder einen Posten bestellen zu können.

Die Maschinenfabrik und Eisengiessereien von Alb. Fesca & Co., Berlin, schreibt unterm 21. 2. 96: „Auf Ihre gef. Anfrage theilen Ihnen ergebenst mit, dass die von Ihnen bezogene Pflanzenfaser-Seife „Ubrigin“ von unserem Fabrikpersonal sehr gern benutzt und wegen ihrer ausserordentlichen Wirkung allen anderen Reinigungsmitteln vorgezogen wird.“

Die Firma Koch & Bein, Berlin, schreibt unter dem 16. 12. 95: „Mit Vergnügen theilen wir Ihnen mit, dass die von Ihnen bezogene Pflanzenfaser-Seife „Ubrigin“ ganz den an dieselbe gestellten Erwartungen entspricht, und werden für unsere Lackirereien und Maschinenräume für die Zukunft nur Ihre „Ubrigin“ als Waschmittel für die Arbeiter benutzen.“

Herr Georg Liebig, Werkmeister, Schweidnitz, schreibt unterm 29. 4. 96: „Senden Sie mir 8 Schachteln No 1 Ihrer Pflanzenfaser-Seife. Das gesandte Probestück ist ausgezeichnet, sogar angetrockneter Eisenlack ging bequem los.“

Herr Robert Richter, Lokomotivführer, Oels i. Schl., schreibt unterm 27. 4. 96: „Ich bitte um Zusendung von 200 Stück wie schon einmal am 4. 3. 96 gehabt. Dieselbe findet allgemeine Anerkennung.“

Herr Hans Baath, Werkstätten-Vorsteher, Berlin, 3. 3. 96: Die von Ihnen bezogene Seife „Ubrigin“ wird von den Arbeitern der Maschinen- und Eisengiesserei gern benutzt und besonders zum Reinigen sehr schmutziger Hände benutzt. Von den kürzlich gelieferten 400 Stück sind nur noch wenige vorhanden und wird Ihnen ein Auftrag auf Neulieferung baldigst zugehen.

Das Stück 10 Pf., in Schachteln von 6 Stück 60 Pf.

Zu haben in allen mit Plakaten versehenen Handlungen. Gegen vorherige Einsendung des Betrages ab Versandstelle „Ubrigin“, Westend-Berlin, Ulmen-Allee 2.

8 Schachteln = 48 Stück für 4 Mk. franco Post.

### 1 Block zu verkaufen

passend für Dächler und Schlichter. Großer Kiefern 24. Unter Garantie der Haltbarkeit werden unter alte emaillirte Töpfe 2c. neue emaillirte Boden gesetzt. Altfraße 27.

Eine Frau wünscht Beschäftigung im Stricken. Dasselbe ist ein Hochgeheiß billig zu verkaufen. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

### Tapeten und Borden

größte Auswahl, billigste Preise. E. L. Schwartz, Regienstraße 37.

Billigsten Kohlen-Auschnitt und Schuhmacher-Artikel aller Art empfiehlt Friedr. Dürrkop, Fischstraße 18

### Zimmereinrichtung

Eine wenig gebrauchte Canapee, 4 Posterküchle, Sopha, Bett, Bettlerpiegel mit Confol, 2 Bilder, steht billig zum Verkauf. Mariesgrube 25, 1. Etage

W. Heitmann, Löffel, Engelsgrube 2. Dauerbrandöfen werden eiskerichtet umgelegt zu werden. D. R. P. 41161.

## Die Agrar- und Stammesverfassung der alten Deutschen.

III.

Ein germanischer Stamm zerfiel in eine Anzahl von Gauen, deren jeder eine Anzahl von Untergauen umfaßte. Diese Untergaue wurden Hundertschaften genannt, ein Ausdruck, der von der Heeresentheilung hergenommen ist, wo die Hundertschaft eine Abtheilung von 100 Geschlechts-genossen bedeutete. Man befaßte dann aber die Angehörigen eines Dorfes unter dem Namen Hundertschaft. Zur Ordnung ihrer Angelegenheiten wählte sich die Hundertschaft einen Vorsteher, dessen Befugnisse aber sehr eng eingegrenzt waren: sie erstreckten sich nicht über den Vorsitz im Hundertschaftsgericht und einige wirtschaftliche Funktionen, wie die Leitung des Reebningsverfahrens, hinaus. Die ganze Volksgewalt liegt bei der in regelmäßigen Versammlungen, „Dingen“, vereinigten Gesamtheit der Gemeindegengenossen. Die Gesamtheit entscheidet hier über diejenigen Rechtsfragen, welche bloße Marktangelegenheiten waren, sowie über wirtschaftliche Angelegenheiten, wie Art der Bebauung, Verwendung des Gemeinbesitzes an Wiese, Weide und Wald. Die Angelegenheiten eines ganzen Gauses werden in der Gauversammlung entschieden, wo aber wohl vornehmlich nur Streitigkeiten zwischen den einzelnen Dörfern in Sachen des Grundbesitzes usw. zu erledigen waren. Vorsteher des Gauses war der von der Gesamtheit der Genossen gewählte Häuptling. Er wurde meist aus derselben Familie gewählt, was dann die Bildung eines Adels begünstigte. Im Kriege führte der Häuptling die Mannschaften seines Gauses. Für den ganzen Stamm bestand der Rath der Häuptlinge der einzelnen Gaus, der laufende Angelegenheiten von geringerer Bedeutung erledigte, wichtigere für die allgemeine Volksversammlung vorbereitete. Diese Versammlungen, in denen der ganze Stamm bewaffnet erschien, entschieden über alle Fälle der Kriminalgerichtsbarkeit und vor Allem über Krieg und Frieden. Bei einer Anzahl germanischer Stämme jenseits der Elbe bestand schon ein Königthum, dessen Befugnisse aber sehr gering waren: die Souveränität lag auch hier beim Volke. Für den Krieg erwählte sich der Stamm ohne Rücksicht auf die Abstammung, bloß nach der Tüchtigkeit, einen besonderen Heerführer, den sogenannten Herzog; auch seine Gewalt war ziemlich geringfügig und erlosch mit dem Ende des Kriegs. Im Heere spielte die Zusammengehörigkeit der Gentilgenossen noch eine besonders große Rolle. Nicht nach rein militärischen Gesichtspunkten war das Heer geordnet, sondern nach der Verwandtschaft: die Angehörigen eines Geschlechts stehen auch in der Schlachordnung zusammen.

Wie sich uns die Gesellschaftsordnung der germanischen Stämme bisher darstellte, war zwar die Gentilorganisation in ihrer ursprünglichen Geschlossenheit und Festigkeit schon stark erschüttert dadurch, daß die Einzelfamilie auch wirtschaftlich bedeutungsvoll geworden, das Ackerland aufgetheilt worden war, aber überall hält doch noch die Gesellschaft ihr Vorrecht vor dem Einzelnen aufrecht,

besteht noch der alte Gentilgrundsatz der Gleichberechtigung Aller. Noch existirt keine staatliche Organisation, weil der Grund dazu, nämlich das Vorhandensein von Ausbeutern und Ausgebeuteten fehlt; die tatsächlich vorhandenen Unfreien waren noch zu gering an Zahl, um ernstlich ins Gewicht zu fallen.

Woher wollte nun die Scheidung in bevorrechtete und entrechtete Klassen bei den Germanen ihren Ausgang nehmen? Von besonderer Bedeutung dafür sollten werden ihre Eroberungskriege gegen das versinkende Römerreich in der Völkerwanderung und dann das Gefolgschaftswesen. Diese Einrichtung, deren bisher noch nicht Erwähnung geschehen ist, bestand bei den Germanen seit uralten Zeiten. Ein Feldherr von Ruf sammelte um sich eine Schaar beutelustiger junger Leute, die ihm, wie er ihnen, zur Treue verpflichtet waren: daher verpflegte und beschenkte er sie. Diese Banden konnten nur zusammen gehalten werden durch beständige Kriege und Eroberungszüge. Für die Volksfreiheit bildeten diese Gefolgschaften die größte Gefahr, da sie leicht zum Werkzeug ehrgeiziger Männer wurden. Das Aufkommen des Königthums wurde durch sie begünstigt. In solcher Weise vollzog sich dann wohl auch der Hergang bei dem am Niederrhein an das Römerreich grenzenden Franken, die im 4. und 5. Jahrhundert immer weiter in Gallien eindrangen. Das bei ihnen inzwischen entstandene Königthum verwirklichte sich in Gallien ohne weiteres aus dem bisherigen bloßen Heerführeramte in ein Landesfürstenthum nach römischen Begriffen. Die ungeheuren Ländereien, die dem römischen Fiskus gehört hatten, hätten von Rechts wegen dem Volke gehören sollen. Anstatt dessen riß der Frankenkönig dies Land ohne weiteres an sich, und vertheilte es an seine Gefolgsleute, an Bischöfe und Aebte, die dadurch zu Großgrundbesitzern wurden: schon lange vor Karl dem Großen besaß die Kirche ein volles Drittel alles Bodens im Frankenreiche. Und auch das Land in Gallien, das an die Markgenossenschaften fiel, wurde hier in kurzer Zeit erbliches Privateigenthum; nur Wald und Weide blieben gemeinsam. Die weite Ausdehnung des neuen Reichs machte eine Regierung auf Grund der alten Gentilverfassung unmöglich. Anstatt dessen regierte der König mit seiner Umgebung; die Volksversammlungen fanden zwar noch statt, wurden aber immer bedeutungsloser. Die ständigen Bürgerkriege im Frankenreich mit ihren nachfolgenden Konfiskationen von Grund und Boden ruinierten große Massen freier Bauern. Dazu dann die fortwährenden Eroberungskriege: zumal die Karls des Großen brachen die Kraft des Bauernstandes völlig. Schon am Anfang des neunten Jahrhunderts waren die fränkischen Bauern so verarmt, daß nur noch der fünfte Mann in den Krieg ziehen konnte. In der folgenden Zeit zwangen die beständigen Einfälle der Normannen, die Kriege der Könige und die Fehden der Großen immer mehr Bauern, ihr Eigenthum an einen Schutzherrn zu übertragen und es von ihm als Zinsgut zurückzukaufen: sie waren ihm Dienste und Abgaben schuldig — und, einmal in Abhängigkeit gerathen, wurden sie nach und nach Leibeigne. Die Habsieger der Großgrundbesitzer griff zur Gewalt, um diesen Prozeß noch zu beschleunigen.

Die weitere Entwicklung des Großgrundbesitzes in Deutschland zu schildern, liegt außerhalb unserer Aufgabe: mit Blut und Thränen ist diese Geschichte geschrieben. Die demokratische Gentilverfassung war zerstört; aber in der Form der Markgenossenschaft blieben Reste davon das ganze Mittelalter hindurch bestehen: das Ackerland war hier zwar endgültig aufgetheilt, aber Flurzwang und Gemeineigenthum an Wald und Weide blieben bestehen. Noch in unsere Zeit ragen Ruinen davon hinein in Gestalt der in großen Theilen Deutschlands noch bestehenden Allmenden: aber es sind nur traurige Reste jener ersten Gesellschaftsform unserer Nation, deren Grundlage Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit waren.

## Soziales und Partei-Leben.

Berlin. Eine am Sonntag Vormittag im Feenpalast tagende Versammlung der Berliner Parteigenossen, in der Genosse Bebel das einleitende Referat hielt, wählte die Genossen Richard Fischer, Erbe und Borgmann und die Genossin Baader als Delegirte für Berlin zum internationalen Arbeiterkongreß nach London.

### Duittung

über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 16. Mai bis 18. Juni 1896 eingegangene Gelder.

Quartalsbeitrag (1. Quartal 1896) Land- und gewerbliche Hilfsarbeiter 350 Mk. Quartalsbeitrag (4. Quartal 1895 und 1. Quartal 1896) Verein graphischer Arbeiter 176,85 Mk. Quartalsbeitrag (1. Quartal 1896) Verband der Bergolder 42,85 Mk. Quartalsbeitrag (1. Quartal 1896) Verband der Brauer 600 Mk. Quartalsbeitrag für mehrere rückständige Quartale Verband der Brauer 1013 Mk. Quartalsbeitrag (1. Quartal 1896) Tabakarbeiter Ottenen 30 Mk. Zahlstelle Schiffbel des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter zur Unterstützung freier Kollegen 50 Mk. Agitationsverein in Ludwigshafen a. Rh. zum Zwecke der Agitation 414,96 Mk.

A. R. 3. 1. c.

Hamburg-Eimsbüttel, Weisnerstraße 5, Haus 1.

Die Solinger Taschen- und Federmesserreider wenden sich mit der Bitte um Unterstützung an die deutsche Arbeiterschaft. Zum zweiten Male innerhalb anderthalb Jahren sind diese schlecht bezahlten Hausarbeiter zu einer Arbeitslosigkeit gezwungen worden. Alle Sendungen sind zu richten an Robert Engels, Meigen bei Solingen.

Der Streik der Wagner in Stuttgart ist an seinem Ende angelangt; es sind nur noch fünf Gehülften im Ausstand. Durch das einmüthige Vorgehen wurden alle Forderungen bewilligt.

Achtung, Bürstenmacher! Nach einem aus Glasgow (Schottland) eingetroffenen Telegramm sind dortselbst zweihundert Bürstenmacher in den Ausstand getreten. Die deutschen Bürstenmacher werden dringend ersucht, den Zuzug von Glasgow fernzuhalten.

## Aus Nah und Fern.

Berlin. Disziplinarverfahren gegen ein Gewerbegerichts-Mitglied. Seit dem jetzt vierjährigen Bestehen des Gewerbegerichtsgesetzes wurde Donnerstag v. W. zum ersten Mal im Wege des Disziplinarverfahrens gegen ein Mitglied des Gewerbegerichts verhandelt. Die fünfte Strafkammer des Land-

Markt pro Monat honorire — abgesehen von dem verlockenden Lohn, der in der Zukunft winkt“, höhnte die Kranke mit heiserer Stimme.

Lola erblickte jäh. „Ich werde morgen das Haus verlassen“, stammelte sie bebend. Sie zitterte sichtbar, als sie sich leicht verneigte; dann verließ sie rasch den Raum.

Ralph sprang auf und eilte hinter ihr her. Die Magd war schon vorher hinaus gegangen. Lola blieb allein zurück.

Mit erregt wogender Brust, laut und schmerzhaft arbeitendem Herzen lehnte sie in den Kissen, während der eiskalte Schweiß ihr stromweise über das Antlitz rann.

Ah — wie das gleich wohlgethan hatte, dem nagenden Groll, der ruhelosen Verzweiflung eine kleine Genugthuung verschafft zu haben.

Sie fühlte es, tiefer hätte sie ihn nicht tranken, härter sich nicht an ihm rächen können.

Mit welcher Leidenschaft er an ihr hing! Wie hatte sein Auge geblinzt, als er, ihr Aug' in Aug', mit frecher Stirn für Jene Partei ergriff. — Wie bitter war die Erkenntniß, wie schwer zu tragen! Fast so schwer, wie die Vorstellung, daß sie fort mußte, fort von der schönen Welt, allein den dunklen Weg antreten, während die Beiden zu glückseliger Vereinigung zurückblieben. — Niemand würde sie vermissen und kein sehnsüchtiger Gedanke nach ihr verlangen.

Sie barg das schmerzverzerrte Antlitz in die Kissen und schluchzte: vorahnend beweinte sie ihren schon so frühen Tod.

Dann schweiften ihre Gedanken wieder zu Jenen — wie mochte er sie jetzt trösten, anflehen und durch die zärtlichsten Vorstellungen in ihren Absichten zu beeinflussen suchen — da — schallte seine Stimme nicht deutlich bis hierher?

## Nachtschatten.

Novelle von A. von Hahn.

(Fortsetzung.)

„Du bist heute merkwürdig gereizt, Dora,“ erwähnte das junge Mädchen, „was kränkt Dich? Haben wir Dich verletzt?“

„Wir!“ wiederholte die Kranke im Geiste, während ein bitteres Lächeln um ihre Lippen spielte, — „wir“ — sie konnten sich nicht mehr, nicht einmal mehr im Worte von einander trennen.

Eines ohne das Andere schien gar nicht mehr zu existiren.

„Nein, Ihr habt mich nicht gekränkt. Ich bin vielleicht etwas lebhafter heute, weil ich Ruhe hatte, mich eingehend mit der Vergangenheit zu beschäftigen, in der Erinnerung an bessere Tage zu schwelgen. Ich gedachte auch — der feurigen Beteuerungen, mit denen Du mich einst Deiner Liebe versichertest, Ralph, weißt Du es noch? Wie ehrlich und treu waren Deine Worte — und wie redlich hast Du Deinen Schwur gehalten! — Es ist recht schmerzhaft für Dich, daß ich so elend werden mußte, nicht wahr Ralph?“

„Sie werden wieder kommen, die guten Tage,“ tröstete Lola unsicher, „Du wirst wieder gesund und frisch werden und dann doppelt nachholen, was Du jetzt entbehrest.“

„Möchtest Du nicht ein paar Tropfen nehmen? Du erscheinst mir so aufgeregelt!“ sagte Ralph in peinlicher Verwirrung.

Lola war sofort dienstfertig an den Nachtschatten getreten.

„Was ist denn das?“ fragte sie und hielt die Glas- traupe mit den weißen Plättchen gegen das Licht der Nachtlampe.

„Gift —“

„Hier steht das gefährliche Zeug?“ fiel Ralph aufgeregt ein.

Er nahm die kleine Krause und trug sie in's Nebenzimmer.

„Welche Unvorsichtigkeit!“ sagte er mißbilligend, als er zurückkam. —

Die Kranke blickte ihn durchbohrend an.

„Mir dünkt, Du hättest das Glas hierher gestellt, sagte sie mit Betonung!

„Kind, welche Vorstellung!“ eiferte er, — „Du fieberst — ich, der ich so peinlich vorsichtig und gewissenhaft bin, sollte plötzlich so nachlässig geworden sein? Sehen Sie, Fräulein Kämpfe, so geht es mir stets; ewig hat meine Frau an mir herumzutadeln, bald dieses, bald jenes und dann wundert sie sich, wenn man mitunter die Geduld verliert und nicht immer den zärtlichen Galan spielt.“

„Ja, — ich bin Dir eine recht unbequeme Begleiterin auf Deinen Pfaden geworden —“

„Wirklich, Dora, Du bist heut' merkwürdig gereizt und bitter in Deinen Aeußerungen“, sagte Lola verwurfsvoll tadelnd.

„Wirklich findest Du das? Werde ich Dir auch schon lästig? — Wenn Dir meine Art nicht paßt“, fuhr die Kranke scharf fort, „so ändere doch das Verhältniß — es liegt in Deiner Hand. Eine ähnliche Stelle, wie die, welche Du inne hattest, ehe ich Dich aufnahm, findet sich wohl wieder für Dich.“

„Was fällt Dir ein, Dora? — sie redet im Wahn“, fiel Ralph beschwichtigend ein, als Lola sich mit der Gluthröthe der Scham im Antlitz erhob — „wie nichtswürdig und unedel von Dir, daß Du Deine Freundin kränkst, die wahrlich nur aus Menschenliebe das schwere Amt Deiner Pflege so lange ausüben konnte.“

„Freundschaft! Menschenliebe! die ich mit hundert

